



EINLAGE, S. I
Wohnen



EINLAGE, S. II
Mobilität



SEITE 3/4
Leben



GRÜNE NACHRICHTEN

ÖKOLOGISCH, SOZIAL, MODERN

DIE ZEITUNG DER STADTVERORDNETENFRAKTION
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IN DARMSTADT
OKTOBER/2019



Postwurfsendungen – Alle –



DARMSTADT KLUG WACHSEN LASSEN

Darmstadt ist Schwarmstadt und Zukunftsstadt, ist Wissenschaftsstadt und Digitalstadt, ist Stadt im Walde und Kulturstadt – sowie aller Wahrscheinlichkeit nach bald auch Unesco-Welterbestadt. Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner steigt beständig. Auch zum Arbeiten kommen immer mehr Menschen zu uns. Das alles ist erfreulich, zeigt es doch, dass die Stadt als lebenswert wahrgenommen und ihr ein hohes Zukunftspotenzial zugeschrieben wird.

Die Schaffung von ausreichend Wohnraum ist nach wie vor unsere Kernaufgabe. Für uns GRÜNE bedeutet sie wesentlich mehr als nur bauen, bauen, bauen. Die Wohnungen sollen attraktiv und bezahlbar sein. Das Umfeld muss stimmen: Dazu gehören urbane, umweltverträgliche Mobilitätsangebote, eine freundliche Nachbarschaft, einladende Grünanlagen und Plätze, gute Kinderbetreuung und Schulen, Kultur- und Sporteinrichtungen.

Rund 10.000 neue Wohnungen wurden seit 2015 unter dieser Prämisse bereits auf den Weg gebracht. Um den Wohnungsbau – insbesondere für niedrige und mittlere Einkommensgruppen – weiter voranzutreiben und politisch zu steuern, hat der Magistrat aktuell alle Maßnahmen in einem „Wohnungspolitischen Konzept“ gebündelt. Jedes geeignete Instrument von der Sozialquote 25/20, über die einkommensabhängige Mietendeckelung bis zur sozialgerechten Bodennutzung wurde angeschaut und bewertet, sodass es in Zukunft noch wirkungsvoller zum Einsatz gebracht werden kann. > [WOHNEN Einlage, Seite I](#)

Die Mobilität von morgen beginnt heute

Damit Mobilität in einer so stark wachsenden Stadt wie Darmstadt funktioniert, muss sich die Verteilung der genutzten Fortbewegungsmittel verändern. Radmobilität spielt eine zu-

nehmend wichtigere Rolle. Ihr Anteil am sogenannten Modal Split lag in Darmstadt 2013 bei 17 Prozent, die Tendenz ist steigend. Unser Ziel ist es, ihn bis 2030 auf 30 Prozent zu erhöhen.

Eine Änderung des Mobilitätsverhaltens gelingt, wenn es gute Alternativen zum Auto gibt. Radfahren muss sicher und bequem sein.

Durch die Initiative „Radentscheid“ hat der Ausbau der Radinfrastruktur an Schwung gewonnen. Mit dem Sonderinvestitionsprogramm „4 x 4 Rad“ wurden dafür im vergangenen Jahr die finanziellen und personellen Grundlagen gelegt. Vier Jahre lang stehen je vier Millionen Euro bereit. So viel wie in keiner anderen deutschen Stadt pro Kopf! Das im Sommer beschlossene „Radstrategiepapier“ ist der Handlungsleitfaden für die weitere inhaltliche Ausgestaltung. Dies ist ein deutliches Aufbruch-Signal, das sich auch in der Verteilung des Verkehrsraums niederschlagen wird, denn ab jetzt gilt das Fahrrad in Darmstadt als gleichberechtigtes Verkehrsmittel!

> [MOBILITÄT Einlage, Seite II](#)



Bereit für die Straßenbahn in den Ostkreis

In einer wirtschaftlich so starken Region wie Darmstadt bestehen 53 Prozent des morgendlichen motorisierten Verkehrsaufkommens aus

Zielverkehr, weitaus kleiner ist der Anteil des Binnverkehrs (21%) sowie des Durchgangsverkehrs (7%). Rund 68.000 Menschen kommen täglich aus dem Umland, um hier zu arbeiten. Auch sie stehen im Fokus unserer Verkehrspolitik.

Um die Mobilitätsverbindungen in die Region weiter auszubauen, hat unsere Fraktion gemeinsam mit den GRÜNEN Kreisverbänden Darmstadt und Darmstadt-Dieburg sowie mit der GRÜNEN Fraktionsspitze des Landkreises ein „Handlungskonzept Verkehr“ erarbeitet. Wichtigster Baustein: die Planung einer Straßenbahn zwischen der Darmstädter Innenstadt und Groß-Zimmern zu beauftragen. Damit stehen Stadt und Landkreis in den Startlöchern, die Strecke umzusetzen, sobald eine Zuschussung durch Bundes- und Landesmittel möglich ist. Bislang wird die Strecke vom Bund nicht als förderwürdig erachtet, da bei der Nutzen-Kosten-Untersuchung (NKU) die Reduzierung von Schadstoff-Emissionen nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung endlich moderne, umweltgerechte Förderkriterien entwickelt und die NKU dem heutigen Klima sowie umwelt- und verkehrspolitischen Erfordernissen anpasst. Bis es so weit ist, werden zusätzliche Busbeschleunigungsspuren auf der B26 in Höhe des Ostbahnhofs für Entlastung sorgen.

Alle zusammen fürs Klima

In Darmstadt hat Klimaschutz schon seit vielen Jahren höchste Priorität. Mit zunehmender Dichte gewinnt er noch mehr an Bedeutung. 2013 hat die Stadtverordnetenversammlung das Leitbild „Klimaneutrale Stadt“ als strategisches und langfristiges Ziel beschlossen. In einem Klimaschutzkonzept wurden rund 140

Maßnahmen festgeschrieben, die kontinuierlich bearbeitet werden oder bereits umgesetzt wurden. > [Interview Seite 2](#). Darmstadt liegt damit deutlich über den normalen Standards und ist anderen Kommunen weit voraus.

Heute wissen wir, dass das nicht reicht. Nach dem Übereinkommen von Paris zur Begrenzung der Klimaerwärmung auf 1,5°C müssen die Zielvorgaben angepasst werden. Unsere GRÜNE Fraktion hat sich deshalb dafür eingesetzt, dass das bestehende Klimaschutzkonzept evaluiert und unter Beteiligung der Öffentlichkeit fortgeschrieben wird. Impulse der Bürgerinitiative „Klimanotstand Darmstadt“ wurden bereits aufgegriffen. Auch die jungen Aktivistinnen und Aktivisten von „Fridays for Future Darmstadt“ wollen wir miteinbeziehen.



Den besonderen Darmstädter Mix erhalten

Den besonderen Darmstädter Mix aus Urbanität und Naturnähe, aus Tradition und Moderne, aus fachlicher Kompetenz und gesellschaftlichem Engagement wollen wir auch bei steigender Dichte erhalten, denn wir sind uns sicher: Dort, wo sich die Menschen wohlfühlen, klappt das Miteinander.

Nicole Frölich und Yücel Akdeniz,
Fraktionsvorsitzende

Ein Gespräch der beiden GRÜNEN Fraktionsvorsitzenden, Nicole Frölich und Yücel Akdeniz, mit dem GRÜNEN Oberbürgermeister Jochen Partsch und der GRÜNEN Umweltdezernentin Barbara Akdeniz



„DARMSTADT IST DIE HEIMLICHE HAUPTSTADT DER ENERGIEWENDE UND DES KLIMASCHUTZES“

Nicole Frölich (NF): Für uns GRÜNE ist Bürgerbeteiligung ein zentrales Element bei der Gestaltung der Stadt. Wir haben dafür gesorgt, dass sie fester Bestandteil der Kommunalpolitik wird. Impulse von Bürgerinitiativen haben wir immer wieder aufgegriffen. Mit der Initiative „Radentscheid“ wurden intensive Gespräche geführt. Das gemeinsam erarbeitete Strategiepapier dient als Grundlage für den forcierten Ausbau der Radinfrastruktur.

Jetzt gibt es gleich drei neue Initiativen: „Fridays for Future Darmstadt“, „Klimanotstand Darmstadt“ und „KlimaEntscheid Darmstadt“ setzen sich für das Klima ein.

Umwelt-, Klima- und Naturschutz sind urgrüne Themen. Unsere Fraktion und der GRÜN-geführte Magistrat arbeiten seit 2011 intensiv daran, das kommunale Regierungs- und Verwaltungshandeln nach dieser Prämisse auszurichten. Werden die Anstrengungen wahrgenommen?

Jochen Partsch (JP): Bis vor einem halben Jahr war ich der Überzeugung, dass die größte neue ökologisch-soziale Initiative die der Radaktivistinnen und -aktivisten ist. Sie wird heute ergänzt und logisch erweitert durch die weltweite Bewegung für wirksamen Klimaschutz.

Die Radinitiativen gibt es ja nicht nur in Darmstadt, sondern auch in anderen Städten. Das macht deutlich, wie wichtig der Beitrag des Radverkehrs für eine ökologische, bezahlbare und gesunde Mobilität vor allem im urbanen Raum ist. Das ist eine riesige Bewegung. In Darmstadt war die Unterstützung sehr, sehr groß und wir haben ein bundesweit beachtetes Programm mit vier mal vier Millionen Euro aufgelegt. Damit wird in diesem einen Bereich schon viel getan.

„Verkehr, Energie und Wohnen – In allen drei klimapolitisch relevanten Handlungsfeldern sind wir aktiv“

Wenn wir uns die klimapolitisch relevanten Handlungsfelder ansehen, dann sind das: Verkehr, Energie und Wohnen. In allen drei sind wir aktiv. Zur Radmobilität habe ich bereits etwas gesagt. Zu ergänzen ist, dass die HEAG mobilsoch seit 2008 nur noch mit Ökostrom fährt. Im Verkehrsbereich sind wir also bereits enorm vorangekommen. Das Ganze ist eingebunden in unseren Green City Plan, der rund 140 Maßnahmen zur Luftreinhaltung enthält. Und bei dem wir alles daran setzen, die Verteilung der genutzten Verkehrsmittel in Richtung ÖPNV und Radverkehr zu verschieben. Das wird auch gelingen.

Im Bereich „Energieversorgung“ ist es so, dass das städtische Tochterunternehmen der bundesweit führende Ökostromanbieter ist. Seit über zehn Jahren fährt die ENTEGA einen klaren Atomausstiegskurs, also lange vor den Beschlüssen der Bundesregierung, und setzt stattdessen auf den Ausbau der erneuerbaren Energien. Sie ist aktuell der größte Anbieter für Ökostrom im gewerblichen Bereich und der zweitgrößte im privaten.

Und dann schauen wir uns „Wohnen und Bauen“ an. Auch hier unternehmen wir enorme Anstrengungen: Es wird energetisch saniert und bei Neubauten, wo immer es geht, energetische und ökologische Aspekte in die Vergabekriterien aufgenommen. Lincoln Siedlung, Ludwigshöviertel und Marienplatz zeigen, dass wir da unentwegt dran sind. Aber das ist eine Jahrhundertaufgabe.

NF: Den einen gehen die Maßnahmen zu weit, sie sprechen gar von Öko-Dirigismus und Verbots, anderen, wie den drei Klima-Initiativen, ist es zu wenig, sie fordern teilweise wesentlich strengere Regeln und Gesetze. Ist das nötig?

JP: Es ist toll, dass es jetzt in Darmstadt gleich mehrere Initiativen gibt, die sich um den Klimaschutz kümmern und – das muss man sehen – natürlich auf den Schultern derjenigen arbeiten, die da viel Vorleistungen erbracht haben. Darmstadt ist ja die heimliche Hauptstadt der Energiewende und des Klimaschutzes. Wir arbeiten mit den Initiativen zusammen und sehen es als Unterstützung an, aber auch als zusätzliche Anforderung.

Barbara Akdeniz (BA): Aus meiner Sicht sind die Themen, die Jochen angesprochen hat, die zentralen. Hinzu kommt noch, dass wir die Menschen erreichen müssen – und zwar im Bewusstsein und in der Handlung, sodass Klimaschutz tatsächlich gelebt und in der Praxis umgesetzt wird. Wir können die politischen Ziele, die wir vor Augen haben, immer wieder runterbrechen auf die tatsächliche Umsetzung und da wird es dann in der Kommunalpolitik konkret. Wir brauchen Vorgaben auf der Landes- und Bundesebene, dazu gibt es verschiedenste Diskussionen momentan, aber vor Ort findet dann der Klimaschutz tatsächlich statt.

„Im Klimaschutzbeirat können alle mitmachen“

Wir haben ein Umweltaktorsnetzwerk gegründet, das auf die lange Tradition an Umwelt- und Klimaaktivisten in Darmstadt aufbaut. Darin sind über 30 Initiativen, Verbände und Vereine vertreten, die sich für Nachhaltigkeit einsetzen. Sie alle bieten heute schon ganz viele Mitmachansätze.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben zumindest einen Teil selbst in der Hand. Dafür brauchen sie unsere politische Rückenbedeckung wie in allem, was eben die Atmosphäre und die Partizipation in Darmstadt ausmacht. Und die bekommen sie: Seit 2013 gibt es das Klimaschutzkonzept, das aktuell evaluiert wird. Gerade wurde der Runde Tisch Wald gegründet. Seit sechs Jahren gibt es den Klimaschutzbeirat, der jetzt neu aufgestellt wird. Da können alle mitmachen, auch die drei genannten, neu gegründeten Initiativen.

Yücel Akdeniz (YA): Der Oberbürgermeister hat es neulich ganz richtig gesagt, wir sind die Generation, die das Gegenlenken hinbekommen muss. Über Jahrhunderte hinweg haben wir Menschen den Planeten geplündert. Es gibt mittlerweile ein breites Bewusstsein, dass das Handeln verändert werden muss. Das wird eine große Herausforderung sein. Da wird es bei jeder Magistratsvorlage eine Diskussion geben, wie umweltverträglich ein Vorhaben ist. Und Wohnen ist mit 40 Prozent der Bereich, wo der Handlungsbedarf am stärksten ist. Dabei gibt es auch einen Spannungsbogen zu den Mieten. Die Frage ist, wenn wir alles sanieren wollen,

wie wir die Menschen mitnehmen? Da gilt dann wirklich für alle, nicht nur Lippenbekenntnisse zu machen, sondern auch dazu zu stehen, wenn's konkret wird.

JP: Ja, es gibt gerade eine Debatte darüber, wenn Sanierung im Wohnungsbestand erfolgt, wie zum Beispiel beim Bauverein. Das Ziel, dass man durch die Verbesserung des energetischen Zustands der Häuser die Nebenkosten senkt, ist schwierig zu erreichen.

BA: Aber wir haben beispielsweise das PassivhausSozialPlus der Neuen Wohnraumhilfe in der Lincoln Siedlung, eines der zurzeit klimaschonlichsten Wohnungsbauprojekte mit den niedrigsten Nebenkosten im sozialen Wohnungsbau. Es ist ein Modellprojekt, das bundesweit beachtet wird.

NF: Sind all diese Maßnahmen ausreichend? Einige Aktivistinnen und Aktivisten meinen, sie wären weichgespült. Warum ist es schwierig, noch strengere Maßnahmen durchzusetzen?

JP: Also, die Umkehr der ENTEGA auf einen anderen Kurs, das sind ganz harte Fakten.

Auch die Wegnahme von Fahrspuren, die Reduktion von Parkplätzen, der Ausbau von komfortablen Radwegen oder die Veränderung der Stellplatzordnung sind keine weichgespülten Maßnahmen. Ihre Auswirkungen auf die Stadt sind deutlich spürbar.

Wir müssen sehen, dass wir Akzeptanz dafür schaffen – und zwar Akzeptanz über die klimapolitisch interessierten und sensibilisierten Menschen hinaus. Es ist gut, dass es eine starke klimapolitisch engagierte Bewegung gibt, die sich lautstark äußert. Aber es gibt auch Menschen, die sich in ihrem persönlichen Verhalten eingeschränkt oder übersteuert fühlen. Deshalb ist es entscheidend, dass man breite Mehrheiten dafür bekommt.

„Mut in solchen Fragen muss gekoppelt sein mit der Schaffung von Akzeptanz“

Ich bin im Übrigen zuversichtlich, dass wir das schaffen. Die Darmstädter Bürgerschaft ist klug und an Umweltaspekten sehr interessiert, deswegen habe ich da keine Sorge. Aber gerade wir GRÜNEN können uns gut an die Bundestagswahl 1990 erinnern. Das war die Einheitswahl. Da gab es ein Plakat der GRÜNEN, da stand drauf „Alle reden von Deutschland, wir reden vom Wetter“. Die GRÜNEN sind damals mit einem klaren klimapolitischen Ansatz in die Wahl gegangen und sind damit aus dem Bundestag rausgeflogen.

Das hat sich heute drastisch geändert und das ist sehr gut. Aber Mut in solchen Fragen muss gekoppelt sein mit der Schaffung von Akzeptanz und dem Mitnehmen auch von denjenigen, die Zweifel daran haben, ob das alles notwendig ist.

BA: Ich möchte das Gespräch auch noch mal auf eine einzelne kleine Maßnahme lenken, das ist das Umweltdiplom. Mit dem Umweltdi-

plom erreichen wir die Kinder der vierten bis sechsten Klassen. Die transportieren das Gelernte in die Familien und zeigen ihren Eltern, wie wichtig ein Frosch ist oder gesunde Ernährung oder sonstige Themen, die sie in den Workshops mitbekommen.

NF: Aber viele junge Menschen haben das Gefühl, nicht gehört zu werden. Das zeigt die aktuelle Bertelsmann-Studie, bei der 3.500 Kinder und Jugendliche zwischen acht und 14 Jahren befragt wurden. In der Darmstädter Fridays-for-Future-Bewegung engagieren sich Hunderte junger Menschen. Wie können wir sie einbinden?

BA: Wir haben die Fridays-for-Future-Gruppe direkt ins Umweltnetzwerk aufgenommen. Sie war auch bei der Vorbereitung der Aktionstage dabei. Die Gruppe kann jetzt einen Raum im Jugendforum nutzen. Wenn sie Unterstützung braucht, bekommt sie die sehr gerne.

Es wird eher umgekehrt ein Schuh draus: Sie will sich parteipolitisch nicht in irgendeiner Form binden und hat daher Gesprächsangebote teilweise nicht wahrgenommen. Das Rebellionische, Revolutionäre ist etwas, das nicht mit allen gängigen Instrumenten einhergeht. Aber in der Netzwerkstruktur haben sie auf jeden Fall ihren Platz und wir setzen uns mit ihren Anliegen auseinander.

YA: Solche Initiativen brauchen auch noch mal eine eigene Legitimation, nicht alles kann von der Politik aufgenommen werden. Aber man muss miteinander im Gespräch bleiben. Wir haben mit den Klimanotstand-Leuten gesprochen. Dabei haben beide Seiten festgestellt, dass wir in vielen Punkten gar nicht so weit auseinander liegen.

Es gab auch Dinge, die bei den Aktivistinnen und Aktivisten erst einmal gar nicht so im Fokus standen, die wir aber auf der Agenda hatten. Anders herum haben wir Impulse von ihnen aufgegriffen und sie in unseren Antrag „Höchste Priorität für Klimaschutz – Weltklima in Not – Darmstadt handelt“ einfließen lassen. Das werden wir auch in Zukunft so machen.

JP: Der erwähnte Antrag ist ein gutes Beispiel dafür, wie man auf die berechtigten Forderungen einer neuen ökologischen Bewegung eingeht und versucht, sie in kommunale Realpolitik zu übersetzen – und zwar für alle.

„Die Leute dürfen nicht das Gefühl haben, dass sie über Umweltpolitik ausgegrenzt sind“

BA: Es ist vorhin schon angeklungen, aber ich möchte es noch mal sagen. Auch der sozialpolitische Aspekt ist in der Umweltpolitik eine wichtige Größenordnung. Beim Bauen lässt sich das relativ leicht runterbrechen. Bei der Frage, wie und wann fahre ich in den Urlaub, geht es weiter. Das sind schon Themenstellungen, die gut abgewogen werden müssen, damit die Leute nicht das Gefühl haben, dass sie über Umweltpolitik ausgegrenzt sind.

YA: Wir müssen dafür werben, wie demokratische Strukturen aussehen und wie Politik umgesetzt wird. Es wird immer auf einen Kompromiss herauslaufen, wenn wir dafür Mehrheiten bekommen wollen.

NF: Vielen Dank für das Gespräch.

DIGITALSTADT DARMSTADT EIN REALLABOR IM POSITIVEN SINNE

Digitalisierung kann nicht isoliert betrachtet werden. Sie ist mit zahlreichen anderen Themengebieten verbunden. Dadurch hat sie Einfluss auf nahezu alle Bereiche unseres Lebens. Umso wichtiger ist es, sie nicht allein den großen Konzernen zu überlassen. Der Digitalstadt-Prozess bietet uns die Möglichkeit, die Digitalisierung mitzugestalten und politisch zu begleiten.

Digitalisierung ist allgegenwärtig

Dank des Siegs beim Wettbewerb des Branchenverbands Bitkom um den Titel „Digitale Stadt“ ist Darmstadt seit 2017 ein selbstbestimmtes, interaktives Reallabor. Es wird erprobt, was Digitalisierung für die Bürgerschaft bedeutet und welchen ethischen Regeln sie folgen muss.

Untersucht werden digitale Innovationen in den Bereichen Verkehr, Verwaltung, Gesundheit, Bildung, Energie, Handel, Sicherheit, Umwelt und Gesellschaft. Gerade dieses breit aufgestellte Konzept war ausschlaggebend dafür, dass sich Darmstadt gegen die Mitbewerber durchsetzen konnte.

Hinzu kommen die Querschnittsthemen Infrastruktur, Datenplattform und Cybersicherheit.

Digitales Messnetz für Luftschadstoffe

Welches Potenzial der Digitalstadt-Prozess für die Stadt hat, wurde im Mai bei der Einführung des bundesweit ersten digitalen Messnetzes für Luftschadstoffe an der Heinrichstraße greifbar. Die dortige Station ist eine von zwölf Messpunkten im Stadtgebiet, die zukünftig Daten in Echtzeit liefern. Dadurch ergibt sich ein klares Bild über die Luftbelastung der Stadt, das die Diskussion um den Passivsammler und die damit verbundenen Einschränkungen für Dieselfahrzeuge sicherlich verändern wird.

Schwerpunkt Mobilität

Grundsätzlich steht Mobilität als eine der großen Herausforderungen unserer Zeit beim

Digitalstadt-Prozess besonders im Fokus. Die Digitalisierung leistet im Hinblick auf Verkehrsreduzierung und -verflüssigung wichtige Dienste. Dies geschieht zum einen indirekt, wenn Behördenangelegenheiten elektronisch erledigt oder Angebote der Erwachsenenbildung und des Gesundheitswesens digital abgerufen werden können, ohne dass von A nach B gefahren werden muss. Sie wirkt aber auch ganz direkt, wenn „intelligente“ Lichtanlagen und Leitsysteme den Straßenverkehr gezielt steuern.

Mobilitätsapp schlägt Auto

Auch bei einem der zentralen Anliegen unserer GRÜNEN Fraktion, die Verteilung der genutzten Verkehrsmittel zugunsten von Fuß-, Rad- und Öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) zu verschieben, ist die Digitalisierung von Bedeutung. Eine Mobilitätsapp, die Bus- und Bahn-Verbindungen sowie Rad- und Carsharing-Angebote passgenau abrufbar macht, schafft nahezu die gleiche Freiheit und Beweglichkeit wie ein eigenes Auto. Dessen wesentlicher Vorteil, jederzeit spontan darauf zurückgreifen zu können, entfällt. Auch der Lieferverkehr kann durch sogenannte Umschlag hubs in Verbindung mit einem digitalen Steuerungssystem deutlich effizienter gestaltet werden.

Neuer Raum für analoge Begegnungen

Gesellschaftliche Veränderungen schlagen sich im Stadtbild nieder. Die Digitalisierung als eine der bahnbrechendsten Entwicklungen unserer Zeit wird das auch tun: Durch die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs kann der öffentliche Raum anders genutzt werden. Aus digitalisierten Prozessen erwächst die Chance für analoge Begegnungen.

Diese wollen wir nutzen, für persönliche Gespräche und Diskussionen – unter anderem über die Vor- und Nachteile der Digitalisierung. **Prof. Dr. Jürgen Deicke, Stadtverordneter, Mitglied d. Ausschusses f. Wirtschaftsförderung, Wissenschaft u. Digitalisierung**



EIN NEUES HAUS FÜR DEN NACHWUCHS DES MARTINSVIERTELS

Wiedereröffnung des Ju*Ma mit erweitertem Angebot

Am Ende der mehrere Jahrzehnte umfassenden Sanierungsphase des Martinsviertels steht die Eröffnung eines großen neuen Hauses für den Nachwuchs des beliebten Quartiers. Die neu geschaffene Kita mit Krippe und Kindergarten (88 Plätze) sowie die Erweiterung der Nachmittagsbetreuung für die benachbarte Schillerschule (100 Plätze) sind bereits seit Juni in Betrieb. Der Sozialkritische Arbeitskreis (SKA) mit seinem Angebot der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der seit 1982 im Martinsviertel aktiv ist, zog Ende August in den Neubau am alten Standort in der Pankratiusstraße zurück. Das altersumfassende, qualitativ hochwertige Betreuungskonzept wurde architektonisch clever umgesetzt: Während sich die Räume für die Kleinen im Obergeschoss rund um einen begrünten Innenhof gruppieren, ist die Schulkindbetreuung mit großzügigen Aufenthalts-, Gruppen- und Ruheräumen sowie einer zentra-

len Mensa im Erdgeschoss untergebracht. Die Betreuung kann vom Schulhof der Schillerschule über einen eigenen Verbindungsweg schnell und sicher erreicht werden.

Auch der Anspruch, niederschwellige Zugänge für Jugendliche zu garantieren, wurde bei der Gestaltung berücksichtigt. Die Räume des Kinder- und Jugendzentrums Ju*Ma mit seinen bodentiefen Fenstern scheinen mit dem Vorplatz regelrecht zu verschmelzen. Die Türen stehen an sechs Tagen der Woche offen. Das Angebot wird gemeinsam mit den Besucherinnen und Besuchern entwickelt, thematische Schwerpunkte können Medien, Vielfalt, Ernährung, Bewegung, Gesundheit, Kultur und Kreativität sein. Für die Kinder- und Jugendarbeit im Martinsviertel bieten sich hier viele neue Chancen und Entfaltungsmöglichkeiten.

Yücel Akdeniz, Fraktionsvorsitzender, Vorsitzender d. Ausschusses f. Bildung u. Schule

BERUFSSCHULZENTRUM NORD:

Investition in die Zukunft junger Menschen

Die Sanierung des Berufsschulzentrums Nord und der Neubau der dazugehörigen Mensa sind das aktuell größte Investitionsprojekt der Stadt. 126,7 Millionen Euro werden hier in die Zukunft junger Menschen investiert. Wie wichtig attraktive praxisnahe Ausbildungsangebote sind, zeigt das Bauvorhaben selbst: Die knappen Kapazitäten beim Handwerk sind einer der Gründe für die Höhe der Baukosten.

Die duale Berufsausbildung ist ein deutsches Erfolgsmodell. Gleichwohl spielt sie für viele junge Leute heute eine untergeordnete Rolle. Unsere GRÜNE Fraktion will den dualen

Ausbildungszweig wieder attraktiv machen. Wir begrüßen daher, dass das Sanierungsprojekt nach Jahren der Diskussion jetzt sichtbar voranschreitet. Die Arbeiten liegen im Zeitplan. 2020 wird der erste der drei Bauabschnitte abgeschlossen sein. Die Mensa soll im März 2021 eröffnen. Sie steht auch den Nutzerinnen und Nutzern der übrigen Sport-, Spiel-, Natur- und Bildungsanlagen im Bürgerpark offen. Das ist ein deutlicher Gewinn für das Freizeit- und Naherholungsgebiet!

Yücel Akdeniz, Fraktionsvorsitzender, Vorsitzender d. Ausschusses f. Bildung u. Schule



FREIHEIT GILT FÜR ALLE IN UNSERER STADT

In Darmstadt leben, arbeiten und wirken Lesben, Schwule, bi-, trans-, intersexuelle und queere Menschen. Bis 2010 war das kaum öffentlich sichtbar. Es ist dem Engagement von Vielbunt e.V. zu verdanken, dass Darmstadt heute auch als queere Stadt wahrgenommen wird.

Seit 2011 veranstaltet der Verein Vielbunt alljährlich in Darmstadt den Christopher Street Day. Dabei geht es nicht allein ums gemeinsame Feiern. Es geht vielmehr darum, politische Position zu beziehen und deutlich zu machen, dass alle Lebensentwürfe gleichermaßen einen Platz in unserer Gesellschaft haben.

Stonewall war der Anfang

Ausgangspunkt für den in vielen Ländern begangenen Protesttag war der Stonewall-Aufstand in der New Yorker Christopher Street im Jahr 1969. Er markiert einen Wendepunkt in der Geschichte sexueller Minderheiten, die sich seither selbstbewusst für ihre Rechte einsetzen.

Dass es um Letztere in vielen Ländern der Welt nach wie vor schlecht bestellt ist, wurde in den Reden und Vorträgen auf dem Stonewall-Jubiläumsempfang im vergangenen Juni deutlich, zu dem Vielbunt gemeinsam mit der Wissenschaftsstadt Darmstadt geladen hatte.

Aber auch hierzulande gibt es noch immer Vorbehalte und Diskriminierung. Man denke nur an die aktuellen Diskussionen über einen selbstbestimmten Geschlechtseintrag, geschlechtergerechte Sprache oder die Anpassung des hessischen Lehrplans „Sexualerziehung“ an die Vielfalt sexueller Orientierungen und Geschlechteridentitäten. Auch körperliche und verbale Gewalt gegen Homosexuelle haben wieder deutlich zugenommen.

Queeres Zentrum, CSD, SchlAu, Mahnmahl

Umso wichtiger ist die Arbeit von Vielbunt. Mit seinem deutschlandweit vorbildlichen Schulprojekt SchlAu leistet der Verein an Schulen Aufklärungsarbeit über Homo-, Bi-, Transsexualität sowie männliche und weibliche Rollenbilder. Er macht Mut, sich gegen Homo- und Transphobie sowie andere Formen von Ausgrenzung einzusetzen. Ende 2016 ist es endlich gelungen, in unserer Stadt ein queeres Jugend-, Kultur- und Beratungszentrum zu etablieren und Vielbunt die Trägerschaft zu übertragen.

Aktuell läuft der künstlerische Wettbewerb für ein Mahnmahl zum Gedenken an die Opfer des Paragraphen 175, den die Stadt ausgeschrieben hat. Wir unterstützen die queere Community seit vielen Jahren kontinuierlich in ihren Belangen, denn wir wollen, dass Freiheit und Menschenwürde für alle in Darmstadt gelten.

Nicole Frölich, Fraktionsvorsitzende, Stellv. Vorsitzende d. Ausschusses f. Soziales

EIN NEUBAU FÜR DIE HEINRICH-HOFFMANN-SCHULE

Grün wird die neue Heinrich-Hoffmann-Schule werden: auf dem Dach, im Innenhof und an der Fassade. So viel steht schon fest, denn der Realisierungswettbewerb ist abgeschlossen. Nach Prüfung der drei Siegerentwürfe hinsichtlich Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit kann voraussichtlich Ende 2020 mit der Umsetzung begonnen werden.

Der Neubau für 300 Grundschülerinnen und -schüler sowie 100 Krippen- und Kindergartenkinder ist einer der zahlreichen Schulbau- und Schulsanierungsprojekte, die die Stadt derzeit realisiert. Weil der alte Standort der Heinrich-Hoffmann-Schule für einen Neubau zu klein ist, wurde ein neuer Platz gesucht. Die Lage an Stadtmauer und Jugendstilbad, unmittelbar in der Kernstadt, ist attraktiv. In den Sie-

gerentwürfen wurden die Herausforderungen perfekt gelöst. Es entsteht ein modernes Bildungshaus, das sich gut in die Umgebung einfügt und mit seinen Grünanlagen und den für den Autoverkehr gesperrten sowie verkehrsberuhigten Flächen einen Mehrwert für die Anwohnerschaft darstellt.

Die derzeitige BMX-Anlage wird in den Bürgerpark verlegt. Unserer GRÜNEN Fraktion war es wichtig, dass es eine Alternative gibt, die von den Jugendlichen akzeptiert wird. Im Bürgerpark bieten sich zahlreiche neue Möglichkeiten und Kooperationen, die vom Verein schon jetzt mit viel Kreativität und Weitblick aufgegriffen werden.

Ulrike Rüger, Stadtverordnete, Mitglied d. Ausschusses f. Bildung u. Schule

NORDBAD

Trotz der Arbeiten am Neubau wird geschwommen

Das Nordbad ist das zentrale Hallen- und Freibad der Stadt. Hier lernen Schulkinder schwimmen, trainieren Profis für die Meisterschaft, verbringen junge Familien ihre Freizeit, halten sich ältere Menschen fit. Deshalb hat sich unsere GRÜNE Fraktion stets für seine Erhaltung eingesetzt. Die Planung wurde speziell auf die Wünsche aller Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet. Wie das Projekt voranschreitet, ist zu sehen, wenn man im Bürgerpark schwimmen geht: Dank der Traglufthaube über dem Außenbecken, ist der Badebetrieb auch während der Bauphase durchgehend gewährleistet. Im zweiten Quartal 2021 soll der Neubau fertig sein.

Philip Krämer, Stadtverordneter, Vorsitzender d. Ausschusses f. Sport u. Gesundheit

RUNDER TISCH WALD

Darmstadt ist die erste Stadt in Hessen, die sich offensiv mit dem bedrohten Wald beschäftigt. Während der Westwald schon länger unter Wasserknappheit und Maikäferbefall leidet, hat neuerdings auch der Ostwald, der bisher als stabil galt, mit Trockenheit zu kämpfen. Der Hitzesommer 2018 und der ausbleibende Regen haben den Bäumen stark zugesetzt.

Wir begrüßen, dass die GRÜNE Umweltdezernentin und der Magistrat sofort reagiert und einen „Runden Tisch Wald“ initiiert haben. Dort wird mit Fachleuten, Interessengruppen sowie mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung systematisch das weitere Vorgehen zur Rettung des Darmstädter Stadtwaldes entwickelt. Klar ist, dass bei der Forstwirtschaft andere Maßstäbe angelegt werden müssen: Große, gesunde Bäume bedürfen des besonderen Schutzes!

In diesem Zuge setzen wir uns für einen Waldumbau West ein: Wir wollen gemeinsam mit dem „Runden Tisch Wald“ ein Programm entwickeln, wie der Westwald zukunftsfähig umgestaltet werden kann.

Thomas Tramer, Stadtverordneter, Stellv. Mitglied d. Ausschusses f. Umweltschutz u. Nachhaltigkeit



PLATANENHAIN GERETTET

Der beliebte Platanenhain auf der Mathildenhöhe wird gerettet. Dabei müssen deutlich weniger Bäume ersetzt werden als zunächst angenommen. Der Austausch erfolgt mit großer Behutsamkeit, um der Bedeutung des Ortes gerecht zu werden.

Eine Untersuchung im Zuge der Welterbebewerbung hat 2017 ergeben, dass zahlreiche Platanen unter Luft-, Nährstoff- und Wassermangel leiden. Grund dafür ist die starke Bodenverdichtung. Sie wurde verursacht durch schwere Transportfahrzeuge, die die Fläche während der bis dato regelmäßig stattfindenden Feste befahren.

Schon ein paar Jahre zuvor hatte das Grünflächenamt versucht, mithilfe eines speziellen Druckluftverfahrens den Boden rund um die Wurzeln zu lockern und die Bäume gezielt mit

Sauerstoff und Langzeitdünger zu versorgen. Dieses minimalinvasive Verfahren erwies sich jedoch als nicht ausreichend. Es wurden zwei weitere Gutachten in Auftrag gegeben.

Auf dieser Grundlage hat die Stadtverordnetenversammlung jetzt einen Sanierungsplan beschlossen, der den Platanenhain langfristig erhält: 40 der rund 180 Bäume werden durch Neupflanzungen ersetzt. Um Gestalt und Atmosphäre zu bewahren, erfolgt der Austausch nach und nach. Zur ausreichenden Versorgung der Platanen werden ein Beregnungssystem, unterirdische Substratgräben sowie Belüftungsröhren installiert. Damit ist sicher: Das grüne Juwel der Stadtkrone wird wieder strahlen!

Philip Krämer, Stadtverordneter, Mitglied d. Ausschusses f. Kultur

DAUMEN DRÜCKEN FÜRS WELTERBE

Die Bewerbungsunterlagen für den Welterbe-Status der Mathildenhöhe sind eingereicht. Bis 2020 prüft die Unesco in Paris, ob sie dem Antrag zustimmt. Wie auch immer die Entscheidung ausfallen wird, schon die Ausarbeitung des 500-Seiten-starken Dokuments ist für die Stadt ein Gewinn, der sich positiv auf die Planung rund um die Mathildenhöhe auswirkt. Zudem erfährt der Welterbeprozess breite Unterstützung: Neben der Auszeichnung als Premiumprojekt durch den Bund und der damit einhergehenden Bezuschussung in Höhe von 5 Millionen Euro, beteiligt sich die Firma Merck mit einer Spende in Höhe von 3,5 Millionen Euro an dem geplanten Besucherzentrum am Osthang. Eine Crowdfunding-Aktion der Bürgerstiftung ermöglicht Restaurierungsarbeiten unter anderem an den Hoetger-Skulpturen im Platanenhain. Der große Zuspruch zeigt, wie verwurzelt der Prozess in der Bürgerschaft ist. Jetzt heißt es, alle gemeinsam Daumen drücken!

Hildegard Förster-Heldmann, Stadtverordnete, Vorsitzende des Kulturausschusses



© Shutterstock DimaBertin

DEUTLICH WENIGER FLUGLÄRM FÜR DARMSTADTS NORDEN

Guter Ausgang des AMTIX-kurz-Konsultationsverfahrens: Mit der nun bald in die Testphase gehenden Routenvariante 3 werden Arheilgen und Kranichstein deutlich vom Fluglärm entlastet. Auch für Wixhausen wird es partielle Verbesserungen geben. Das ist ein deutlicher Fortschritt gegenüber der ursprünglichen Routen-Empfehlung des „Forums Flughafen und Region“.

Unsere GRÜNE Fraktion wie auch das „Forum Flughafen und Region“ (FFR) sind grundsätzlich der Ansicht, dass so wenig Menschen wie möglich vom Fluglärm belastet werden sollen. Durch technischen Fortschritt ist es heute machbar, dicht bebaute Gebiete differenziert zu umfliegen. Das „Expertengremium Aktiver Schallschutz“ hat deshalb vorgeschlagen, die Flugroute „AMTIX kurz“ in Richtung Norden zu verschieben. Mehrere Varianten waren im Gespräch. Das FFR hatte zunächst eine Route entlang des Nordrands von Wixhausen bevorzugt. In einem einjährigen Konsultationsverfahren, bei dem auch die Bürgerinnen und Bürger umfassende Informationen über die Flugroutenverlegung erhielten, wurden alle Varianten auf der Grundlage von Lärmberechnungen und Lärmwirkungsforschungen geprüft. Die GRÜNE

Umweltdezernentin und der Darmstädter Oberbürgermeister haben sich für eine Lösung eingesetzt, von der möglichst alle Stadtteile Darmstadts profitieren. Diese Bemühungen waren erfolgreich. Es ist gelungen, die ursprünglich priorisierte Route noch weiter gen Norden, in die Mitte des unbebauten Korridors zu verschieben. Bei einem nun folgenden Probebetrieb sollen die Berechnungen überprüft werden. Erst anschließend entscheidet das zuständige Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung endgültig über die Verlegung.

Grundsätzlich ist unsere Fraktion der Ansicht, dass nur durch die Einhaltung des Nachtflugverbots, eine Einschränkung des Billig-Flieger-Angebots, Lärmobergrenzen sowie den Einsatz lärmarmere Triebwerke und Materialien eine deutliche Entlastung erreicht werden kann. Nach wie vor machen wir GRÜNE Stadtverordnete uns dafür stark, dass die Maßnahmen des aktiven und passiven Schallschutzes weiter vorangebracht werden. Unnötige Flüge gilt es zu vermeiden. Im Hinblick auf den Klimaschutz ist das wichtiger denn je.

Prof. Dr. Lothar Petry, Stadtverordneter, Stellv. Vorsitzender d. Ausschusses f. Umweltschutz u. Nachhaltigkeit

BEGRÜNUNG FÜR DEN CITYTUNNEL

Gute Luft ist nicht erst seit dem Dieselskandal Ziel GRÜNER Politik in Darmstadt. Zahlreiche Maßnahmen zur Luftreinhaltung sind schon umgesetzt worden. Die Feinstaubbelastung konnte dadurch deutlich reduziert werden. Die Stickoxid-Konzentration ist rückläufig. Dennoch wurde der Stickstoffdioxid-(NO₂)-Grenzwert überschritten. Im Unterschied zu anderen Großstädten beschränken sich die Grenzwertüberschreitungen auf lediglich zwei eng begrenzte Straßenabschnitte. Einer davon liegt in der viel befahrenen Hängelstraße, die aufgrund der schluchtartigen Bebauung schlecht durchlüftet ist.

Die Initiative Essbares Darmstadt hat gemeinsam mit zwei Biologen ein Konzept erarbeitet, das aufzeigt, wie durch eine Vertikalbegrünung und Titandioxidbeschichtung im Citytunnel die Stickoxid- und Feinstaub-Belastung verringert werden kann. Auf unser Betreiben hin wurden 80.000 Euro in den aktuellen Haushalt eingestellt, damit das Modellprojekt umgesetzt werden kann. Aktuell ist ein Interessenbekundungsverfahren gestartet, nach dessen Beendigung die Umsetzung erfolgen kann. Ziel ist es, auch im Steigungsbereich der Hängelstraße den Grenzwert dauerhaft einzuhalten.

Anna Arnold, Stadtverordnete, Mitglied d. Ausschusses f. Umwelt u. Nachhaltigkeit



Impressum

BÜRO DER GRÜNEN FRAKTION
Lauteschlägerstraße 38
64289 Darmstadt
Tel. +49 61 51/6 14 90
Fax +49 61 51/6 14 01
fraktion@gruene-darmstadt.de
www.gruene-darmstadt.de

Vertretungsberechtigte: Nicole Frölich, Yücel Akdeniz (V.i.S.d.P.)
Redaktion: Janne Böckenhauer
Fotos: Oliver Stienen
Gestaltung: Bohm und Nonnen – Büro für Gestaltung GmbH
Druck: Drach Print Media GmbH
Gedruckt auf PlanoPlus-Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft

ALLE HEBEL IN BEWEGUNG: UNSERE SCHLAGKRÄFTIGSTEN INSTRUMENTE FÜR BEZAHLBARES WOHNEN

Die Sozialquote 25/20

Das wichtigste Instrument zur Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum ist der Quotenbeschluss zum sozial geförderten Wohnungsbau. Seit 2017 gelten bei der Vergabe städtischer Grundstücke unsere Sozialstandards: 25 Prozent der Wohnungen müssen für geringe und 20 Prozent für mittlere Einkommen errichtet werden.

Ellen Schüßler, Stadtverordnete, Mitglied d. Ausschusses f. Soziales

bauverein AG – Unsere wichtigste Partnerin bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Darmstadt ist eine der wenigen Städte in Deutschland, die mit der bauverein AG noch über eine große, starke kommunale Wohnungsbau-Gesellschaft verfügen. Viele andere Kommunen haben dagegen ihren Bestand an Wohnungen verkauft.

Anders in Darmstadt: Das städtische Tochterunternehmen ist der wichtigste Akteur im hiesigen Wohnungsmarkt. Nur mit ihm kann das Ziel, für ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, umgesetzt werden. Die Sozialquote 25/20 wird in erster Linie von der bauverein AG erbracht. Schon jetzt hält sie über 90 Prozent aller geförderten Wohnungen in Darmstadt.

An der Schaffung von 10.000 neuen Wohnungen ist sie federführend beteiligt. Sowohl in der Lincoln Siedlung als auch im Ludwigshöviertel tritt die städtische Tochter als Projektentwicklerin auf. Zudem leistet sie einen Beitrag zu einer umweltverträglichen Mobilität in Darmstadt, da Teile ihres Gewinns dem defizitären Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zugutekommen.

Für Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen wird das kommunale Wohnungsbauunternehmen in den kommenden Jahren bis zu 350 Mio. Euro aufbringen.

Damit es diese enormen Aufgaben stemmen kann, werden die Ausschüttungen an den ÖPNV von aktuell 12 Mio. auf 8 Mio. im Jahr 2020 und ab 2021 auf 6 Mio. Euro jährlich reduziert.

Das Engagement der bauverein AG wirkt sich preisdämpfend auf den Darmstädter Wohnungsmarkt aus. Das gilt auch für die Mieten des bauvereins: Die durchschnittliche Miete beträgt 6,50 Euro/m². Im geförderten Bereich liegt sie zu 85 Prozent bei 6 Euro/m² und weniger.

Für die kommenden Jahre plant die bauverein AG rund 2.800 neue Wohnungen, davon wiederum über 1.200 geförderte. Zudem hat sich das Unternehmen dazu verpflichtet, alle auslaufenden Belegungsrechte um zehn Jahre zu verlängern. Sie trägt damit in erheblichem Maße zur Verbesserung der Lage auf dem Darmstädter Wohnungsmarkt bei!

Nicole Frölich, Fraktionsvorsitzende, Stellv. Vorsitzende d. Ausschusses f. Soziales

Neue Quartiere entstehen

Darmstadt kann sich nach außen kaum weiter ausdehnen. Glücklicherweise gibt es im Stadtgebiet mehrere ehemalige Kasernengelände, die die Stadt nach intensiven Verhandlungen von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) erwerben konnte. Zurzeit entstehen zwei völlig neue Quartiere nach modernen städtebaulichen Gesichtspunkten. Die Lincoln Siedlung mit ihren 2.000 sozialgemischten Wohneinheiten wird als erstes fertig sein. Sie verfügt über ein zukunftsweisendes Mobilitätskonzept, das zahlreiche umweltverträgliche Alternativen zum Auto bietet. 2018 wurde es mit dem Deutschen Verkehrsplanungspreis ausgezeichnet, in diesem Sommer erhielt es von der Bundesregierung den Deutschen Mobilitätspreis.

Für das Gelände der ehemaligen Kasernen „Cambrai-Fritsch“ und „Jefferson“ wird gerade das Bauleitplanverfahren durchgeführt. Hier sollen 1.400 ökologisch nachhaltige Wohnungen entstehen, 630 davon als geförderter Wohnungsbau. Letztere müssen bereits 2024 bezugsfähig sein, damit der mit der BImA ausgehandelte Preisnachlass geltend gemacht werden kann. Ein neuer Name ist mit breiter Bürgerbeteiligung schon gefunden: Das Quartier heißt seit April Ludwigshöviertel.

Auch ursprünglich gewerblich genutzte Gelände werden für den Wohnungsbau aktiviert. Ein Beispiel sind die Verhandlungen um eine zwölf Hektar große Fläche nordwestlich des Hauptbahnhofs, die derzeit noch von einer Autofirma genutzt wird.

Oliver Stienen, Stadtverordneter, Stellv. Mitglied d. Ausschusses f. Bauen, Stadtplanung, Verkehr u. Liegenschaften

Konzeptvergabe sichert Wohnungspreise

Beim Verkauf eines Grundstücks kann die Stadt mit dem Instrument der Konzeptvergabe Einfluss auf die Qualität der Bebauung und insbesondere auf die späteren Wohnungspreise nehmen. Denn nicht das höchste Gebot ist ausschlaggebend, sondern die Umsetzung der vorher festgelegten, inhaltlichen Kriterien.

Für den Marienplatz, dem letzten größeren freien Areal im Zentrum von Darmstadt, wurden sowohl soziale als auch ökologische Standards festgelegt. Gerade endete der städtebauliche Wettbewerb, bei dem auch zwei Bürgerinnen und Bürger als Sachverständige mit dabei waren.

Beim ehemaligen Klinikgelände in Darmstadt-Eberstadt wurden Anregungen aus dem dortigen Bürgerforum aufgegriffen. Bei der Errichtung der 300 bis 400 neuen Wohnungen muss darauf geachtet werden, dass der Baumbestand und die parkähnliche Struktur erhalten bleiben.

Auch hier kommt die Quotenregelung zum Einsatz: 20 Prozent der Wohnungen sind für Menschen mit mittlerem Einkommen vorgesehen. Der 25-prozentige Anteil an geförderten Wohnungen ist an anderer Stelle im Stadtgebiet zu schaffen.

Damit wird die Chance ergriffen, den Süden von Eberstadt, in dem es bereits viele Sozialwohnungen gibt, weiter sozial zu durchmischen.

Birgit Pörtner, Stadtverordnetenvorsteherin, Mitglied d. Ausschusses f. Sport u. Gesundheit

10.000 neue Wohnungen

Die Wohnbauoffensive ist in vollem Gange. Ende 2015 haben wir uns vorgenommen, bis 2020 die Voraussetzungen für 10.000 neue Wohnungen in Darmstadt zu schaffen. 9.688 sind seither auf den Weg gebracht worden (Stand Mai 2019), das heißt, sie sind in Planung, im Bau oder fertiggestellt. Im Laufe des nächsten Jahres wird die Zielmarke erreicht sein. Damit geben wir uns jedoch nicht zufrieden. Auch für die Zukunft bleibt die Schaffung von Wohnraum eines unserer Hauptanliegen.

Sibylle Kalkhof, Stadtverordnete, Mitglied d. Ausschusses f. Bauen, Stadtplanung, Verkehr u. Liegenschaften

Sozialgerechte Bodennutzung

Bebaut ein Investor oder eine Investorin ein zuvor erworbenes Grundstück, entsteht beim späteren Verkauf der errichteten Wohnungen in der Regel ein Mehrwert. Der gerade von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedete Grundsatz zur „Sozialgerechten Bodennutzung“ (SoBoDa) legt fest, dass nicht allein die Investorinnen und Investoren davon profitieren. Ein Teil des Verkaufserlöses soll an die Stadt zurückfließen, um Infrastrukturmaßnahmen, die der Allgemeinheit dienen, zu finanzieren.

Außerdem wird die Chance ergriffen, bei der Schaffung von neuem Planungsrecht, Quoten für den geförderten Wohnungsbau in die städtebaulichen Verträge aufzunehmen.

Sofia Ganter, Stadtverordnete, Mitglied d. Ausschusses f. Soziales

Bestehende Stadtviertel wandeln sich

Es entstehen nicht nur Neubauten. Auch in bestehenden Stadtteilen gibt es groß angelegte Sanierungs- und Umgestaltungsmaßnahmen unter Gesichtspunkten wie Klimaschutz, demografischer Wandel und Bevölkerungswachstum.

Aktuell laufen unter Einbeziehung der Bürgerschaft der Stadtumbau Ost rund um Kapellplatz und Woog, die energetische Sanierung der Mollerstadt mit einer Förderung für private Begrünungsmaßnahmen sowie der Soziale-Stadt-Prozess im PaMo, dem Pallaswiesen-Mornewegviertel. Dabei werden konsequent Fördermittel von Bund und Land genutzt.

Ulrich Pakleppa, Stadtverordneter, Mitglied d. Ausschusses f. Wirtschaftsförderung, Wissenschaft u. Digitalisierung

Innen- vor Außenentwicklung

Um die Zersiedelung der Landschaft zu vermeiden, gilt für unsere GRÜNE Fraktion der Grundsatz: Innen- vor Außenentwicklung.

Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende Quartiere nachverdichtet werden, indem Supermärkte und soziale Einrichtungen überbaut, Häuser aufgestockt sowie freie Grundstücke oder Hinterhöfe bebaut werden.

Verdichtete Stadtteile, in denen Wohnungen, Büros, Einkaufsmöglichkeiten, Praxen und Gastronomie nah beieinander liegen, tragen zur Verkehrsvermeidung bei. Zudem sind sie deutlich ressourceneffizienter als dünn besiedelte Gebiete.

Mit einer höheren Dichte steigen jedoch auch die Anforderungen an den Freiraum, insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels: Es braucht ausreichend Frischluftschneisen sowie viel Grün in der Fläche, auf Dächern und an Hauswänden.

Hans Fürst, Stadtverordneter, Mitglied d. Ausschusses f. Bauen, Stadtplanung, Verkehr u. Liegenschaften

INTERVIEW



WOHNEN IST EINE FRAGE DES GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALTS

Seit 2018 ist die Stadtverordnete und Vorsitzende des GRÜNEN Kreisverbands Darmstadt, Hildegard Förster-Heldmann, Mitglied des Hessischen Landtags. Dort ist sie unter anderem Sprecherin für Bau- und Wohnungspolitik.

Der Stadtverordnete Hans Fürst, Mitglied des Darmstädter Bauausschusses, traf sie zum Gespräch, um zu fragen, was auf Landesebene für die Entspannung des Wohnungsmarktes getan wird.

Förster-Heldmann: Wohnen ist eine Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Deshalb steht Wohnungspolitik für die Hessische Landesregierung im Zentrum des Handelns. Unsere Koalition hat schon in der vergangenen Legislaturperiode die Mittel für die Wohnungsbauförderung verdreifacht und das Eigenkapital der landeseigenen Wohnungsbau-Gesellschaft Nassauische Heimstätte aufgestockt.

Der „Masterplan Wohnen“ beinhaltet unter anderem 2,2 Mrd. Euro für den bezahlbaren Wohnungsbau. Mit der „Allianz für Wohnen“ und der Baulandoffensive wurden Innen- und Flächenentwicklung gefördert. All das hat gewirkt: Allein 2018 sind rund 25.000 Wohnungen genehmigt worden – das sind doppelt so viele wie im Jahr 2010.

Auch Darmstadt hat davon profitiert: Bei der Schaffung der anvisierten 10.000 Wohnungen war die hessische Wohnungsbauförderung sehr hilfreich.

Fürst: Und was ist aktuell geplant?

Förster-Heldmann: Wir werden die Rechte der Mieterinnen und Mieter stärken, indem beim Verkauf einer Wohnung der Mieterschutz von fünf auf acht Jahre erhöht und den Kommunen ein Genehmigungsvorbehalt bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum ermöglicht wird.

Die Mietpreispbremse gilt ab jetzt in 31 statt bisher 16 Kommunen. Das sind 15 Städte und Gemeinden mehr, in denen bei einem Umzug die Miete nicht in die Höhe schießen kann. Auf angespannten Märkten wie dem in Darmstadt werden Mieterhöhungen sogar bei laufenden Verträgen begrenzt – auf maximal 15 Prozent in drei Jahren.

Aber natürlich müssen auch weiterhin forciert Wohnungen gebaut werden. Nur so kann sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt entspannen. Neben der Erhöhung des Kapitals der Nassauischen Heimstätte werden bis 2024 2,2 Mrd. Euro für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Das ist so viel Geld wie noch nie und reicht für mehr als 20.000 neue Sozialwohnungen. Gleichzeitig werden die Mittel für auslaufende Sozialbindungen verdoppelt.

Fürst: Gibt es etwas, von dem Darmstadt ganz besonders profitiert?

Förster-Heldmann: Ja, in Darmstadt gilt durch die Neuregelung künftig in allen Stadtteilen die Mietpreispbremse – und nicht, wie zuvor, nur in der Kernstadt. Bei Neuvermietung einer bestehenden Wohnung darf die Miete jetzt flächendeckend nicht mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen.

Fürst: Vielen Dank für das Gespräch.

DER UMBAU DER VERKEHRSINFRASTRUKTUR IST IN VOLLEM GANGE

STRASSENBAHN ZUR LICHTWIESE – ENTLASTUNG FÜR DAS GESAMTE ÖPNV-NETZ

Seit Ende der 1960er-Jahre ist die Lichtwiese städtebaulich erschlossen und wird von der Technischen Universität (TU) als zweiter Standort genutzt; eingebettet in viel Natur, aber nach wie vor beständig wachsend. Immer mehr Forschungsschwerpunkte werden an die Lichtwiese verlegt. Heute steuern täglich rund 10.000 Menschen den Campus an, 7.000 davon sind Studierende, 3.000 haben dort ihren Arbeitsplatz. Die Tendenz ist vor allem bei den Beschäftigten steigend.

Dieses stark frequentierte Viertel muss gut erreichbar sein. Gut, das heißt für uns GRÜNE Stadtverordnete: schnell, pünktlich, komfortabel – und ökologisch! Die geplante Erweiterung der Straßenbahnlinie 2 erfüllt faktisch alle diese Bedingungen.

Zudem bringt der Bau von nur 1,3 Kilometern Schienenstrecke einen Entlastungseffekt für das gesamte Darmstädter ÖPNV-Netz, insbesondere für den überlasteten Luisenplatz und den Knotenpunkt Berliner Allee/Rheinstraße. Auch das Woogsviertel kann aufatmen: Künftig dient die Buslinie K vorwiegend der Anbindung des Quartiers. Durch den Wegfall der Linie KU sinkt die Verkehrsbelastung. Die Straßenbahnbindung ist ein zentraler Baustein der Mobilitätswende in Darmstadt.

Hildegard Förster-Heldmann, Stadtverordnete, Mitglied d. Ausschusses f. Bauen, Stadtplanung, Verkehr u. Liegenschaften



GREEN CITY PLAN

Der GRÜN-geführte Magistrat hat auf den Dieselskandal mit einem umfangreichen Aktionspaket reagiert. Herzstück ist der Green City Plan, der rund 140 Maßnahmen zur Luftreinhaltung umfasst. Er stellt die Weichen, um die Luftschadstoff-Grenzwerte in Zukunft dauerhaft einzuhalten und das partielle Fahrverbot für ältere Dieselfahrzeuge in Hülgel- und Heinrichstraße schnellstmöglich wieder aufzuheben. Schwerpunkte sind die Förderung von Radmobilität und ÖPNV, der Ausbau der Elektromobilität, eine digitale Verkehrssteuerung sowie die Umstellung des Lieferverkehrs auf ein modernes Logistikmanagement. Oberstes Ziel unserer Fraktion ist es, die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen und nachhaltige, urbane Mobilität zu gewährleisten.

Kristina Likavec, Stadtverordnete, Mitglied d. Ausschusses f. Umweltschutz u. Nachhaltigkeit



TEMPO 30 IN DER INNENSTADT

In Tempo-30-Zonen ist es deutlich leiser und vor allem sicherer. Auch werden bei reduzierter Geschwindigkeit nachweislich weniger Schadstoffe ausgestoßen. Unsere Fraktion spricht sich deshalb grundsätzlich für Tempo 30 in der Innenstadt aus. Auf Hauptstraßen entscheidet darüber jedoch nicht die Stadtverordnetenversammlung, sondern das Regierungspräsidium oder der Bund gemäß der geltenden Straßenverkehrsordnung. Für den Steigungsbereich des Citytunnels und Teile der Heinrichstraße konnte bereits ein ganztägiges Tempolimit erreicht werden. Seit August gilt es ebenso auf dem Cityring im Bereich zwischen Hülgelstraße und Stadtkirche.

Auch andere, mögliche Gefahrenstellen müssen ausgemacht und entschärft werden. Wir setzen uns dafür ein, dass mit dem Regierungspräsidium ein Modellversuch für weitere Geschwindigkeitsreduzierungen in der Innenstadt ausgehandelt wird.

Jürgen Barth, Stadtverordneter, Mitglied d. Ausschusses f. Kultur

ACHTUNG BAUSTELLE

In Darmstadt fließen seit Jahren viele Millionen Euro in Straßensanierungsmaßnahmen. Dass diese so geballt anstehen, ist zum einen dem Alter von Brücken, Kanälen und Straßenbelägen zuzuschreiben, zum anderen dem jahrelang währenden Sanierungsstau aus der Zeit vor 2011. Die GRÜN-geführte Koalition hat seither eine immense Sanierungsoffensive gestartet, die in der Stadt deutlich sichtbar ist. Diese bringt natürlich auch Belastungen mit sich. Bau- und Sanierungsmaßnahmen im gewachsenen Bestand sind immer schwieriger als in neu entstehenden Quartieren. Es bedarf der intensiven Koordination und abgestimmten Planung. So wird beispielsweise die Sanierung der Rheinstraßenbrücke über die Bahnlinie erst starten, wenn die Brücken in der Hilperstraße und im Stirnweg fertig ertüchtigt sind. Beide dienen als Umleitung, damit Darmstadt trotz der Bauarbeiten aus westlicher Richtung gut erreichbar sein wird.

Auch die Koordination der Baustelle im Osten konnte mit dem Land abgestimmt werden: Die Maßnahmen an den Trogwänden entlang der B26 und der Bau der Busbeschleunigungsspuren vor dem Ostbahnhof werden zeitgleich erfolgen, die Sanierung des Lohbergtunnels hingegen wird verschoben, damit eine Alternativstrecke besteht.

Hans Fürst, Stadtverordneter, Mitglied d. Ausschusses f. Bauen, Stadtplanung, Verkehr u. Liegenschaften

SOVIEL GELD FÜR DEN RADVERKEHR WIE IN KEINER ANDEREN DEUTSCHEN STADT*

Das „Sonderprogramm Investition Radverkehr 4 x 4 Rad“ umfasst vier Jahre lang jeweils 4 Mio. Euro für Baumaßnahmen zugunsten des Radverkehrs. Um die Maßnahmen zügig realisieren zu können, wurden zusätzlich vier neue Vollzeitstellen im Mobilitätsamt geschaffen. Planung und Bau werden in einem konsultativen Beteiligungsmodell umgesetzt, das heißt, Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern, die an einer zukunftsfähigen Mobilitätspolitik interessiert sind, können Berücksichtigung finden.

In der ersten Jahreshälfte gab es bereits intensive Gespräche zwischen dem Magistrat, der

Verwaltung, dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) und der Initiative Radentscheid. Diese mündeten in einem gemeinsam entwickelten Radstrategiepapier, das als Handlungsleitfaden für die weitere inhaltliche Ausgestaltung dient. Es zeigt auf, in welche Richtung sich die Radmobilität in Darmstadt zukünftig entwickeln soll. Jetzt kommt es darauf an, das Paket inhaltlich mit Leben zu füllen und an der Umsetzung der Ziele konsequent weiterzuarbeiten. Erste Maßnahmen wurden bereits umgesetzt, der weitere Zeitplan wird im Herbst festgelegt.

*pro Kopf

Ein Ausschnitt der Maßnahmen:



In der mittleren Rheinstraße können Radfahrende seit März eine eigene 2,3-Meter-breite Radspur nutzen, die durch hohe Poller vom Autoverkehr getrennt ist. Es ist die erste Protected Bike Lane dieser Art in Hessen und hat Modellcharakter für ganz Darmstadt und darüber hinaus.



An zahlreichen Ampelanlagen wurde die Radaufstellfläche erweitert, indem die Haltelinie vorverlegt und farblich gekennzeichnet wurde. Radfahrende können bei Rot jetzt im Sichtfeld der Autos halten und sind sowohl vor Abgasen als auch vor rechts abbiegenden Fahrzeugen besser geschützt.



Das erste Teilstück des Raddirektweges zwischen Darmstadt und Frankfurt wurde im Juni eingeweiht. Er dient dazu, die Arbeitsplatzschwerpunkte der Region besser zu vernetzen.



Am Verkehrsknotenpunkt Mozartturm macht in Zukunft eine Brücke für den Rad- und Fußverkehr die Querung der stark befahrenen Rheinstraße sicherer.



Darmstadt nimmt als einzige Stadt in Hessen am deutschlandweiten Pilotprojekt „Grüner Abbiegepfad“ teil. An drei entsprechend gekennzeichneten Kreuzungen ist es Radfahrenden erlaubt, nach vorherigem Halt, trotz roter Ampel rechts abzubiegen, wenn die Verkehrssituation es zulässt.

Stefan Opitz, Stadtverordneter, Stellv. Vorsitzender d. Ausschusses f. Bauen, Stadtplanung, Verkehr u. Liegenschaften



Die Erneuerung der Radwege entlang der Heidelberger Straße hat die Radverbindung zwischen der Innenstadt und Eberstadt deutlich verbessert. Mit der Fertigstellung der Radwege in der Teichhaus- und der Nieder-Ramstädter-Straße wird auch die Radroute vom Böllenfalltor bis Arheilgen komplett sein.

NICHT MEHR WEIT BIS ZUM BÜRGERTICKET



nicht mehr weit entfernt: Bereits 1991 wurde auf Betreiben von Studierenden der Hochschule Darmstadt (h_da) das Semesterticket eingeführt. Das Modell hat sich inzwischen in ganz Deutschland durchgesetzt. Heute gibt es zudem für städtische Bedienstete das kostenlose Premium-Jobticket, eine deutliche Erweiterung des bisherigen Jobtickets, und die hessenweit geltenden Vergünstigungen für Schülerinnen und Schüler, Seniorinnen und Senioren sowie Landesbedienstete.

Seit Juni wird in Darmstadt auch ein Sozialticket angeboten. Das ist eine verbilligte 9-Uhr-Monatskarte, die zu einem Drittel von der Stadt bezuschusst wird. Anspruch darauf hat, wer Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern II oder XII (SGB II oder SGB XII) oder dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhält. Der selbst zu zahlende Restbetrag entspricht dem, was im Harz-IV-Regelsatz für Fahrtkosten vorgesehen ist. Damit sind auch Menschen mit niedrigem Einkommen mobil und können am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Axel Eppich, Stellv. Stadtverordnetenvorsteher, Mitglied d. Ausschusses f. Soziales